

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/Die Grünen und der FDP**

### **Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Bundesregierung beabsichtigt, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation zu errichten. Die Unterrichtung der Bundesregierung (BT-Drs. 20/1764) führt hierzu aus: Das Zentrum „zielt darauf ab, einen Knotenpunkt für die wissenschaftliche und kulturelle Auseinandersetzung mit der weitreichenden und alle Lebensbereiche umfassenden Transformationserfahrung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands einerseits und der inneren Einheit unseres Landes andererseits zu schaffen. So soll gesellschaftlicher Zusammenhalt gestiftet, der enge Zusammenhang von Deutschlands Einheit und der Demokratie in Europa gesichert sowie im internationalen Austausch thematisiert und Strategien für die Transformationsprozesse der Gegenwart und Zukunft entwickelt werden.“
2. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über hervorragend geeignete Standorte, die die von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe aufgestellte Auswahlkriterien erfüllen. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin hat in ihrer Sitzung vom 16.05.2022 bereits die Bereitschaft zur Bewerbung signalisiert.

II. Der Landtag spricht sich für die Ansiedlung des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit im Land aus und unterstützt entsprechende Bewerbungen von Kommunen.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend die Kommunen des Landes über das geplante Zukunftszentrum und den Standortwettbewerb sowie die Voraussetzungen für die Bewerbung zu informieren und in Zusammenarbeit mit geeigneten Kommunen, wie der Landeshauptstadt Schwerin, diese gegenüber der Bundesregierung schnellstmöglich zu benennen.
2. umgehend die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, um die von der Landesregierung benannten potentiellen Standorte des Landes Mecklenburg-

Vorpomern bestmöglich für das Mitte 2022 beginnende Standortauswahlverfahren vorzubereiten und zu positionieren. Entsprechende finanzielle Mittel sind bereitzustellen.

3. dem zuständigen Ausschuss bis zum 31.08.2022 einen Sachstandsbericht vorzulegen und fortwährend zu berichten.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'R' followed by a long horizontal stroke.

**Franz-Robert Liskow und Fraktion**

**Dr. Harald Terpe und Fraktion**

**René Domke und Fraktion**

**Begründung:**

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ empfiehlt in ihren Handlungsempfehlungen die Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in einer ostdeutschen Stadt. Das Zentrum soll sich mit Wissenschaft und Forschung, der Begegnung und dem Dialog sowie kulturellen Aufgaben befassen und dabei sowohl die Transformationsprozesse der Vergangenheit als auch solche der Gegenwart und Zukunft im Blick behalten.

Als Standort soll bewusst eine Stadt in den ostdeutschen Bundesländern gewählt werden. In den vergangenen Monaten haben sich Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen bereits mit potentiellen Bewerberstädten ins Gespräch gebracht. Mecklenburg-Vorpommern hat sich als einziges ostdeutsches Bundesland bisher nicht geäußert. Die Stadtvertretung Schwerin hat am 16.05.2022 beschlossen, sich über das Bewerbungsverfahren zu informieren und entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um sich als Bewerberstadt ins Gespräch zu bringen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte diese, aber auch weitere Bewerbungen anderer potentieller Standortkommunen des Landes, unterstützen.

Der Bundestag hat am 18. Mai 2022, für die Einrichtung eines Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit gestimmt. Danach soll die Bundesregierung einen Standort-Wettbewerb entsprechend der von der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ erarbeiteten personellen, räumlichen und inhaltlichen Kriterien ausloben. Das Bewerbungsverfahren soll noch vor dem Sommer 2022 beginnen.